

## "Aussichten für die Sozialdemokratie im heutigen Russland"

*Boris Gusseletow*

### Zusammenfassung:

Nach Anbruch der Perestroika begann die Etablierung sozialdemokratischer Ideen und Strukturen in der Sowjetunion. Eine neue Phase im Werdegang der Sozialdemokratie in Russland begann im Jahr 2000 mit Versuchen, zahlreiche sozialdemokratische und sozialistische Parteien Russlands zu vereinigen, die letztendlich die Entstehung der Partei „Gerechtes Russland“ als eines neuen Akteurs auf der linken Seite des politischen Spektrums zur Folge hatten.

*Zum Autor: Boris Gusseletow, Leiter des Zentrums für internationale Projekte und Programme des Instituts „Gerechte Welt“.*

Nach Anbruch der Perestroika, als die KPdSU ihre Bedeutung als ideologiestiftende und politische Kraft einbüßte, begann die Etablierung sozialdemokratischer Ideen und Strukturen, die in zwei Richtungen erfolgte. Zum einen bildete sich innerhalb der KPdSU die sogenannte demokratische Plattform heraus, und zum anderen wurde ganz am Ende der 80er Jahre die nicht kommunistische (bzw. antikommunistische) Sozialdemokratische Partei der Russischen Föderation (SDPR) gegründet. Auch wenn auf dem letzten, 28. Parteitag der KPdSU die Verfechter der demokratischen Plattform unter den Delegierten vertreten waren, schafften sie es leider nicht, ihren Ideen einen strukturellen Rahmen zu verleihen.

Daher waren weder die postkommunistische noch die antikommunistische Variante der Sozialdemokratie in den ersten Jahren nach der Entstehung des neuen Russlands als Ideologien nachgefragt. Die Unbeliebtheit der Sozialdemokratie war erstens damit verbunden, dass in der Sowjetzeit das Stigma der „Abtrünnigen“ und „Opportunisten“ den Sozialdemokraten im Bewusstsein der Sowjetbürger so stark anhaftete, dass mehrere Jahre vergehen mussten, bis die Idee der Sozialdemokratie grundsätzlich rehabilitiert und wieder in den politischen und öffentlichen Diskurs eingebracht werden konnte. Zweitens wurden die Erfolge, die Europa mit der Etablierung des Wohlfahrtsstaates erzielte, in der russischen öffentlichen Meinung nicht mit der Tätigkeit der Sozialdemokraten in Verbindung gebracht, und die rechtsliberale Elite verhüllte diesen Zusammenhang absichtlich.

So war 1991 – 1993 keines der beiden Szenarios der Etablierung der Sozialdemokratie – weder die Transformation eines Teils der ehemaligen KPdSU in eine post-sowjetische sozialdemokratische Partei – die Nationale Partei Freies Russland

(NPSR) – noch die Gründung einer alternativen Partei – der nichtkommunistischen Sozialdemokratischen Partei Russlands (SDPR) – erfolgreich, so dass in Russland keine leistungsfähige sozialdemokratische Partei entstand, die im Parlament repräsentiert und von der internationalen sozialistischen Bewegung anerkannt würde.

Fast alle Parteien, die in Russland in den 1990er Jahren gegründet wurden, sind nicht aus einer Bewegung von unten, als Reaktion auf entsprechende Veränderungen im sozialen Gefüge gewachsen. Sie wurden vielmehr gebildet, da die Leiter von zahlreichen Wirtschaftsstrukturen die Möglichkeit sahen, in der Legislative und (in einem geringeren Maße) der Exekutive eigene Lobby-Gruppierungen zu schaffen. Auf diese Weise entstand eine Vielzahl marginaler Parteien und Minderheitsparteien. Im Vorfeld der Dumawahlen von 1995 und 1999 wurde in Russland etwa ein Dutzend sozialdemokratisch und sozialistisch orientierter Parteien gegründet, die bei den Wahlen aber eine vernichtende Niederlage erlitten.

Zu Beginn des Jahres 2000 schätzte die überwiegende Mehrheit der Experten die Aussichten der russischen Sozialdemokratie als nichtig ein. Kleine und einflusslose sozialdemokratische Parteien und Organisationen, die weder über eine ernstzunehmende Unterstützung in der Gesellschaft, noch über eine Organisationsstruktur oder einflussreiche Führungspersonlichkeiten im Zentrum und vor Ort verfügten, konnten nicht den Anspruch erheben, für die KPRF, geschweige denn für die „Parteien der Macht“, die ihre Ideologie regelmäßig anpassten und dabei stets in unmittelbarer Nähe der Exekutive blieben, eine echte Konkurrenz zu sein.

Eine neue Phase im Werdegang der Sozialdemokratie in Russland begann im Jahr 2000 mit Versuchen, zahlreiche sozialdemokratische und sozialistische Parteien Russlands zu vereinigen, die letztendlich die Entstehung der Partei „Gerechtes Russland“ als eines neuen Akteurs auf der linken Seite des politischen Spektrums zur Folge hatten. Anfang 2000 beschlossen Vorsitzende und Vertreter einer Reihe sozialdemokratischer Parteien und Organisationen, sich an Michail Gorbatschow, den ehemaligen Präsidenten der UdSSR, mit dem Vorschlag zu wenden, die sozialdemokratische Bewegung in Russland zu vereinigen und sich an deren Spitze zu stellen. Am 11. März 2000 übernahm er den Vorsitz der Russischen vereinigten sozialdemokratischen Partei (ROSDP), die aus dem Zusammenschluss von etwa zwölf sozialdemokratischen Parteien und Organisationen hervorging. Doch bereits 2003 kam es in der Partei, die zu diesem Zeitpunkt bereits Sozialdemokratische Partei Russlands (SDPR) hieß, zu einer Spaltung, und Gorbatschow trat als Parteivorsitzender zurück. Anfang 2007 verfügte die Föderale Meldebehörde der RF die Auflösung der SDPR, da sie die neuen gesetzlichen Vorgaben nicht erfüllte.

Im Sommer 2006 nahm der Prozess der Vereinigung der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien eine neue unerwartete Wendung. Ende August empfing der damalige Präsident Wladimir Putin die Vorsitzenden von drei Parteien: Sergej Mironow (Partei des Lebens), Alexander Babakow (Partei Heimat) und Igor Sotow (Partei der Rentner). Kurz darauf fand eine gemeinsame Pressekonferenz statt, bei der die Vorsitzenden der besagten Parteien den Zusammenschluss zu einer neuen russischen Partei des linken Zentrums bekannt gaben.

Am 28. Oktober 2006 fand in Moskau die Gründungsversammlung der neuen Partei, die den Namen „Gerechtes Russland: Heimat / Rentner / Leben“ erhielt, statt. Den Vorsitz übernahm Sergej Mironow, Vorsitzender des Föderationsrates. In der Parteiplattform kam das weltanschauliche und politische Bekenntnis der Partei klar zum Ausdruck: eine sozialistische Perspektive für Russland, „eine sozial orientierte Wirtschaft, vielfältige Eigentumsformen, eine effiziente staatliche Regulierung der Markt-

wirtschaft; ein starker Staat, der sich unter einer strengen demokratischen Kontrolle befindet; ... ein Staat, der sich auf Volksvertrauen stützt; Minderung der Distanz zwischen dem Staat und dem Volk; Entwicklung der partizipatorischen Demokratie und der zivilgesellschaftlichen Institutionen...“.

Anfang 2007 schlossen sich die Volkspartei des Dumaabgeordneten Gennadij Gudkow, die Sozialistische Einheitspartei Russlands des Dumaabgeordneten Wassilij Schestakow, die Partei „Entwicklung des Unternehmertums“ des ehemaligen Dumaabgeordneten Iwan Gratschow und die Verfassungsdemokratische Partei von Wjatscheslaw Wolkow an. Später kamen die Partei der sozialen Gerechtigkeit von Alexej Podberjoskin und die Partei „Die Grünen“ von Anatolij Panfilow dazu. Zweifelsohne war dieser Vereinigungsprozess vor allem auf die Veränderung der Parteiengesetzgebung zurückzuführen, die die Anforderungen für die Registrierung und Neuregistrierung von Parteien verschärfte. Dabei ist anzumerken, dass die Vergrößerung der politischen Parteien insgesamt eher zu einer Verringerung der Konkurrenz im politischen Prozess in Russland führte, was vor allem vor dem Hintergrund der erhöhten 7%-Hürde eine Rolle spielt. Die meisten Vorteile genoss die Partei der Macht, die, vor allem nachdem Wladimir Putin den Vorsitz übernahm, weiterhin administrative und finanzielle Ressourcen akkumulierte. Kleinere Parteien konnten hingegen aus der Vereinigung nicht immer einen Nutzen ziehen. Die Praxis zeigt, dass es bei einem Zusammenschluss nicht zu einer automatischen Addition von Stimmen kommt.

Bei den Wahlen vom 2. Dezember 2007 erhielt die Partei „Gerechtes Russland: Heimat / Rentner / Leben“ 7,74 % der Wählerstimmen (die KPRF hatte 11,57 %) und kam in die Staatsduma, wo sie eine Fraktion mit 38 Abgeordneten bildete. Zum ersten Mal in der Geschichte des postsowjetischen Russlands wurde eine Partei ins Landesparlament gewählt, die offen von ihrer sozialistischen Orientierung sprach.

Nach 2007 verschärfte sich die Konfrontation zwischen der Partei der Macht und der Oppositionspartei „Gerechtes Russland“, was in einem verbissenen Kampf in den Regionen zum Ausdruck kam. Trotz des starken administrativen Drucks konnte die Partei im Gebiet Saratow (14%, Dezember 2007), in Udmurtien (13 %, Dezember 2007), in Jakutien (15 %, Frühjahr 2008) im Gebiet Tula (14 %, Herbst 2009) und im Gebiet Archangelsk (16 %, Frühjahr 2009) beeindruckende Ergebnisse erzielen und in mehreren kleinen und mittelgroßen Städten die Bürgermeister stellen.

Den Ergebnissen des Meinungsforschungszentrums WZIOM zufolge machten die Anhänger von linken, sozialistischen Ideen, die sich zu sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und zum Schutz von Interessen der Arbeitnehmer bekennen, im Januar 2009 18 % der Bevölkerung aus (im November 2008 waren es 24 %), was den Wahlergebnissen der linken Parteien entspricht. Während sich jedoch die linke Wählerschaft früher auf mehrere Parteien verteilte, so muss sich der Wähler heute im Großen und Ganzen zwischen den beiden Systemparteien, KPRF und „Gerechtes Russland“, entscheiden, die einzeln genommen die vorhandene Nachfrage nach linken Ideen nicht befriedigen können. Das trägt einerseits zur Schmälerung der gesamten Wählerbasis von linken Parteien bei (s. Tabellen 1 und 2), zeugt aber andererseits von der Konsolidierung der Wähler im Rahmen der verfügbaren Optionen. Ein weiteres wichtiges Problem der Linken besteht der besagten Studie zufolge darin, dass der Anteil ihrer Anhänger unter jungen Menschen (17 % unter den 18- bis 24-Jährigen) und in der mittleren Generation (11 % unter den 25- bis 34-Jährigen und 16 % unter den 35- bis 44-Jährigen) geringer ist als unter älteren Menschen (20 % unter 45- bis 59-Jährigen und 24 % in der Altersgruppe über 60).

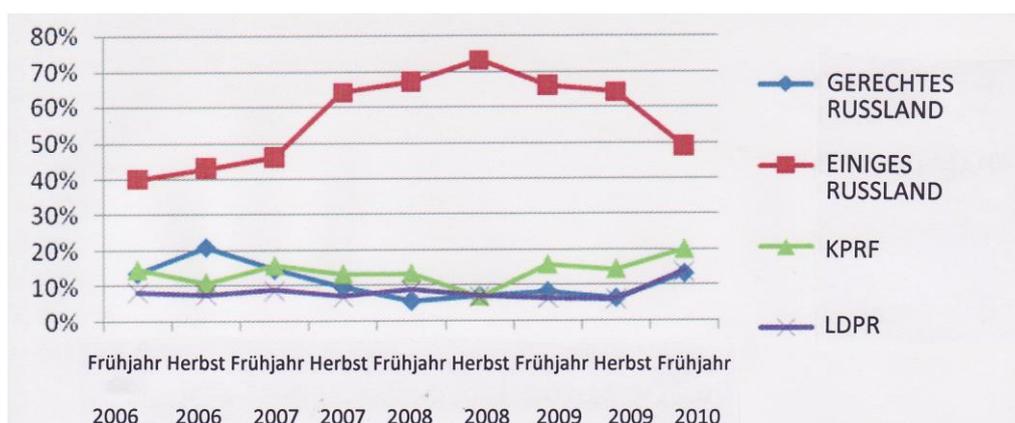
Tabelle 1.

**Unterstützung der linken Parteien  
(addierte Stimmanteile der linken Parteien bei den Parlamentswahlen)**

	1993	1995	1999	2003	2007
<b>Gesamte Wählerschaft der kommunistischen Parteien</b>	20,39	31,53	27,12	16,25	11,57
<b>Gesamte Wählerschaft der Parteien des linken Zentrums (sozialistische und sozialdemokratische Parteien)</b>	9,02	9,44	4,86	14,65	11,15
<b>INSGESAMT</b>	<b>29,41</b>	<b>40,97</b>	<b>31,98</b>	<b>30,90</b>	<b>22,72</b>

Tabelle 2.

**Durchschnittsergebnis der Parteien bei den Wahlen in regionale Parlamente von 2006 bis 2010**



Die parlamentarische Arbeit der Fraktion der Partei „Gerechtes Russland“ passt vollkommen in die Logik der verkündeten sozialistischen Orientierungen. Die Abstimmung gegen die Haushaltsvorschläge und das Krisenprogramm der Regierung, die ausgearbeiteten Gesetzesentwürfe zum Schutz der Arbeits- und Sozialrechte der Bürger, Vorschläge zur Bekämpfung der Korruption und das Programm zur Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung zeigen, dass die Spitzenpolitiker der Partei wirklich bereit sind, den programmatischen Grundsätzen und Wahlkampflogans zu folgen.

Die Parteifraktion knüpfte unter Federführung des Fraktionsvorsitzenden Nikolaj Lewitschew Kontakte zur Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, so dass eine Absichtserklärung zwischen der Fraktion der Sozialdemokraten im EP und der Fraktion „Gerechtes Russland“ in der Staatsduma der RF unterzeichnet wurde. Im Grunde war es ein beispielloses Ereignis, da die Zusammenarbeit auf der Ebene der Fraktionen zum ersten Mal institutionalisiert wurde. Auf dem 23. Kongress

der Sozialistischen Internationale, der im Juli 2008 stattfand, wurde beschlossen, die Partei „Gerechtes Russland“ in diesen Verbund aufzunehmen.

Man kann sagen, dass es der Partei „Gerechtes Russland“ schon gelungen ist, im politischen Feld eine eigene Nische zu finden. Nach einer langwierigen und schwierigen Entwicklung der russischen Sozialdemokratie, die 17 Jahre dauerte, gibt es in Russland nun eine echte sozialdemokratische Partei „Gerechtes Russland“, die heute ungefähr 430 000 Mitglieder hat, in beiden Kammern des russischen Parlaments vertreten ist und über 5000 Abgeordnete in regionale und lokale Parlamente delegiert hat. Die Partei wurde von der internationalen sozialdemokratischen Bewegung anerkannt und ist Mitglied der Sozialistischen Internationale, sie unterhält freundschaftliche Beziehungen zu sozialdemokratischen, sozialistischen und linken Parteien vieler Länder. Sie hat keine schlechten Chancen bei künftigen Wahlen und reale Möglichkeiten, ihre Programmziele in die Praxis umzusetzen und die Interessen der Mehrheit der russischen Bürger zu schützen.

Sie muss jedoch ihre verbreitete Wahrnehmung als eine „Reservepartei der Macht“ und die eigene Unentschlossenheit bei politischen Praktiken überwinden, ihre Popularität und den Bekanntheitsgrades ihrer „Marke“ erhöhen, eine echte Partnerschaft mit unterschiedlichen Organisationen der Zivilgesellschaft (Frauen-, Jugend-, Veteranen-, Gewerkschaftsorganisationen und anderen) aufbauen und ihre Vertretung in der Exekutive und in den Repräsentationsorganen auf verschiedenen Ebenen, vor allem in lokalen Institutionen, die wegen ihrer Bürgernähe als die traditionelle Basis der Sozialdemokratie gelten, stärken.

Die Gründung einer sozialdemokratischen Partei und die Einbringung von Ideen der modernen Sozialdemokratie in den öffentlichen Diskurs waren positive Schritte in der Entwicklung des parteipolitischen Systems in Russland. In 20 Jahren hat Russland den Weg von einem Vielparteiensystem zu einem moderaten Mehrparteiensystem mit einer beschränkten Zahl von Parteien (wenn man die registrierten Parteien, einschließlich der Parlamentsparteien, berücksichtigt) hinterlegt. Die vor kurzem erfolgte Milderung der Gesetzgebung in Bezug auf die Registrierung der politischen Parteien wird die Zahl der Akteure auf der politischen Bühne nicht wesentlich erhöhen. Wir werden eher eine leichte Erweiterung des Spektrums, vor allem auf der rechten Seite, beobachten.

Die allmähliche Herausbildung eines Systems von miteinander konkurrierenden Parteien, die ein politisch-ideologisches Spektrum mit drei Brennpunkten besetzen: einem rechten (liberalen), einem zentristischen (konservativen) und einem linken (sozialdemokratischen), ist das Schlüsselement eines stabilen politischen Systems in einem modernen Sozialstaat und ein wirkungsvoller Mechanismus der Interessenvertretung. Es wäre bestätigt, dass sich ein solches System tatsächlich herausgebildet hat, wenn nach den bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen die Opposition an die Macht käme. Denn erst wenn sich die Vertreter der ideologischen Brennpunkte im Zuge demokratischer Wahlen abwechseln und die Opposition die Möglichkeit einer legalen Machtübernahme erhält, werden wir feststellen können, dass die Phase der demokratischen Transformation in Russland abgeschlossen ist, sich ein stabiles politisches System, das zur selbständigen Entwicklung und einer erfolgreichen Modernisierung fähig ist, herausgebildet hat, und dass sich das Land endgültig in die internationale demokratische Gemeinschaft integriert hat.